

5. Geschäftsbericht Integrierte Psychiatrie Winterthur (IPW) – Zürcher Unterland und des Berichts über die Umsetzung der Eigentümerstrategie 2024

Antrag des Regierungsrates vom 21. Mai 2025 und Antrag der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit vom 21. August 2025a

Vorlage 6025a

Ratspräsident Beat Habegger: Auch hier ist der Eintreten obligatorisch. Das Verfahren folgt den vorherigen Traktanden (*Vorlagen 6022a, 6023a und 6024a*).

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), Präsidentin der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG): So, zum letzten Mal im Rahmen der Geschäftsberichterstattung stelle ich Ihnen im Namen der ABG den Bericht zum Geschäftsjahr 2024 der IPW (*Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland*) und zum Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie vor.

Die IPW hat kaum Zeit zum Durchatmen: Nach geplantem Führungswechsel im Jahr 2023 kam es im Jahr 2024 zu Führungsproblemen in der Adoleszenzpsychiatrie, was sich unter anderem in einer hohen Fluktuationsrate sowie einer schlechten Auslastung widerspiegelt. Und auch der CEO sowie der Leiter HR haben sich zwar nicht im Berichtsjahr, aber im ersten Teil 2025 neu orientiert. Der Spitalrat hat also Hausaufgaben, der Spitalrat und die Ad-interim-Leitung. Sie müssen eine Stabilisierung der Organisation herbeiführen. An dieser Stelle möchte ich etwas bemerken: Die IPW hat vielleicht noch nicht so viel Übung darin, denn bis anhin ist vieles immer gut gelaufen, aber etwas mehr Transparenz gegenüber der ABG wäre wünschenswert. Ausserdem dürfte die Kommunikationsstrategie etwas abgestimmter und durchaus auch im Sinne der Transparenz erhöht werden.

Nun, gehen wir weiter: Es konnte dafür im März 2025 endlich das Haus Orange mit über eineinhalb Jahren Verzug bezogen werden, es wurde Anfang 2025 offiziell eingeweiht. Die mit dem Bauschäden verbundenen Mehrkosten belaufen sich auf über 8 Millionen Franken. Der verantwortliche Handwerker ist im Konkursverfahren. Eine Lösung zur Finanzierung der Mehrkosten zeichnet sich ab, die Gesundheitsdirektorin (*Regierungsrätin Natalie Rickli*) wird dazu noch kurz etwas sagen. Im Haus Orange konnte nach dem Umzug nun die geplante Konzentration der Betten am Hauptstandort in Winterthur erreicht werden. Das bietet nun die Chance, Synergien zu nutzen und mit optimierten Abläufen die qualitative Leistungserbringung und Produktivität zu steigern.

Auch bei der IPW ist das Risiko bezüglich Cybersecurity seit einigen Jahren sehr präsent und Teil des Risikomanagements. Auch hier sind aufgrund des hohen Schadenpotenzials bei der IPW verschiedene Massnahmen zur Risikominderung angegangen und implementiert worden.

Die IPW ist in der Vorbereitungsphase für die Implementierung ihres neuen KIS (*Klinikinformationssystem*). Der Zuschlag erfolgte Ende 2024 und die Implementierung findet in diesem Jahr statt. Die Ablösung wurde notwendig, da das alte

KIS der IPW nicht mehr weiterentwickelt wurde, das neue soll auch in der IPW einen Beitrag zur Optimierung der Prozesse leisten.

Wie bei allen Institutionen zeigt die Zahl der Gewaltereignisse auch bei der IPW nach oben. Die Fälle werden seit 2020 systematisch erfasst. Auch bei der IPW steigt die Gewaltbereitschaft primär vonseiten Patientinnen und Patienten, und ebenfalls begegnet sie diesem Umstand mit verstärkten Sicherheitsmassnahmen und gezielten Schulungen im Umgang mit Konflikten, Gewalt und so weiter.

In der letzten Auswertung zeigte sich ein signifikanter Anstieg an Fällen auf der Akutstation für Menschen mit Demenz. Ich denke, wenn man weiss, dass Demenz eine der Volkskrankheiten werden wird, ist hier ein Augenmerk darauf zu legen.

Die IPW verfügt über eine Zwangskommission. Diese entwickelt als interdisziplinäre Fachthemengruppe Prozesse und Methoden im Bereich von Aggressionsereignissen und Zwangsmassnahmen.

Die IPW hat daran gearbeitet, dank flexibleren Arbeitszeitmodellen weniger temporäres Personal einsetzen zu müssen, denn in stabiler zusammengesetzten Teams können das Know-how und die Erfahrung besser genutzt werden, ganz zum Wohl der Patientinnen und Patienten, aber auch der Mitarbeitenden. Die ABG begrüsst dieses Vorgehen zur Stabilisierung der Situation.

Die IPW hat dieses Jahr ein überraschend schlechtes Resultat erzielt, zudem auch massgeblich schlechter als budgetiert. Das Defizit von 2,7 Millionen Franken ist zu grossen Teilen auf die Führungsprobleme mit einhergehender ungenügender Auslastung in der Adoleszenzpsychiatrie zurückzuführen. Entsprechende Gegenmassnahmen wurden von der Spitalführung ergriffen. Es wird sich zeigen, wie diese Massnahmen greifen.

Ich komme zum Schluss: Auch die IPW hat Hausaufgaben in ihrer Führung bezüglich Auslastung, bezüglich Prozessoptimierung und, wie gesagt, bezüglich Kommunikation und Transparenz gegenüber der ABG. Und gleichzeitig darf sie auf die Qualität ihrer Leistungserbringung stolz sein. Unser grosser Dank geht auch hier an das Personal, welches die hochstehende Gesundheitsversorgung umsetzt. Und ich weiss, es sind jeweils die Floskeln am Ende, aber wir meinen sie auch tatsächlich so: Die Zusammenarbeit mit den Anstalten und mit der Gesundheitsdirektorin (*Regierungsrätin Natalie Rickli*) und ihren Mitarbeitenden ist in der Tat konstruktiv und angenehm. Darum beantragt die ABG auch hier einstimmig die Genehmigung des Geschäftsberichts und des Berichts über die Umsetzung der Eigentümerstrategie. Besten Dank.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Das Berichtsjahr war für die IPW auf verschiedenen Ebenen fordernd, gleichzeitig konnten aber auch einige Fortschritte erzielt werden.

Ich beginne mit dem erfreulichen Teil: Erfreulich sind nämlich die Fertigstellung und die Inbetriebnahme des Hauses Orange im ersten Quartal dieses Jahres. Der Neubau umfasst 124 Betten, womit die Gesamtkapazität der IPW um zehn Betten ausgebaut wurde. Damit können stationäre Angebote zusammengeführt und betriebliche Synergien gestärkt werden. Der Standort in Embrach konnte bereits auf-

gelöst und der Betrieb in den Neubau überführt werden, womit Doppelspurigkeiten wegfallen. Die Inbetriebnahme des neuen Gebäudes ist ein Meilenstein der IPW zwar in diesem Jahr, aber die Vorarbeiten wurden natürlich im letzten Jahr und in den Jahren davor bewältigt. Die IPW verfügt nun über eine zeitgemässe Infrastruktur, die den Anforderungen der modernen Psychiatrie entspricht.

Die ABG-Präsidentin hat es gesagt, bezüglich des Bauschadens hat sich nämlich eine Lösung abgezeichnet. Ich kann Sie informieren, dass der Regierungsrat letzte Woche einen Beschluss gefasst hat. Dieser wird wie üblich, glaube ich, am Mittwoch oder am Donnerstag dann auch mit der Ratspost verschickt. Und zwar konnten wir eine Einigung erzielen, das heisst Gesundheitsdirektion, Baudirektion, Finanzdirektion und IPW tragen den Schaden zu je einem Viertel. Die Details werden Sie dann eben nachlesen können.

Auch im Personalbereich ist Positives zu verzeichnen. Die IPW konnte ihre Arbeitgeberattraktivität halten. Zudem wurden flexible Arbeitszeitmodelle eingeführt, was sich in einer tieferen Fluktuationsrate widerspiegelt. Hingegen auf der Führungsstufe war die Situation im Jahr 2024 und auch in diesem Jahr herausfordernd: Die Psychiatrie für Jugendliche und junge Erwachsene, ADP, musste reorganisiert werden. Zwar konnte mit Professor Dr. med. Lars Wöckel im März 2025, also auch wieder in diesem Jahr, ein schweizweit renommierter Kinder- und Jugendpsychiater als Chefarzt und Bereichsleiter gewonnen werden. Gleichzeitig – es wurde schon erwähnt – gab es in diesem Jahr zwei weitere Abgänge, nämlich des CEO (*Alexander Penssler*) und des Personalchefs (*Thomas Egli*). Seit dem 1. August hat Stefan Lichtensteiger – ich verwechsle ihn immer mit dem Fussballer (*Heiterkeit, gemeint ist Stephan Lichtsteiner*) – den Vorsitz der Geschäftsleitung ad interim übernommen. Er bringt viel Erfahrung mit, er war vorher CEO von grossen Spitälern und hat zuletzt das Kantonsspital St. Gallen geführt.

Finanzen, nun kommen wir zum unerfreulicheren Teil: Die Herausforderungen in den erwähnten Kliniken haben unter anderem dazu beigetragen, dass die IPW im Geschäftsjahr 2024 die gesetzten finanziellen Ziele verfehlt und einen Verlust von 2,7 Millionen Franken verzeichnet hat. Die IPW hat zwar gesagt, sie habe ein Ergebnisverbesserungsprogramm vorgelegt, wir sind hier aber nicht zufrieden. Das ist noch kein richtiges Ergebnisverbesserungsprogramm. Wir verlangen ein solches und auch, dass es dann umgesetzt wird, um die Situation schon in diesem Jahr zu verbessern und natürlich für das Budget 2026. Der Spitalrat und insbesondere die Spitalratspräsidentin (*Susanne Hofer*) sind gefordert, die Finanzen, aber auch die Kommunikation zu verbessern und diese auch stufengerecht zu machen, sowohl gegenüber der Spitaldirektion als auch gegenüber der Gesundheitsdirektion oder, wie wir gehört haben, auch gegenüber der ABG. Der Spitalrat muss sich auf die strategischen Führungsaufgaben konzentrieren. Es gab im letzten Jahr unseres Erachtens doch zu viel Vermischung im Bereich mit der operativen Führung. Und in einer Krisensituation – das haben wir auch schon beim USZ (*Universitätsspital Zürich*) gesehen – kann das und darf das ein Spitalrat auch machen. Aber es ist wichtig, hier wieder in geordnete Bahnen zu gelangen. Der Spitalrat ist dafür verantwortlich, die richtigen Personen für die wichtigen und richtigen

Funktionen in der IPW zu besetzen, also für die Kaderfunktionen trägt der Spitalrat die Verantwortung. Die Eigentümerziele müssen vorausschauend angegangen, geplant und natürlich umgesetzt werden. Auch ist der Spitalrat gefordert, das zu kontrollieren und rechtzeitig Massnahmen zu treffen, um die Ziele zu erreichen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die IPW mit der Inbetriebnahme des Hauses Orange einen wichtigen Meilenstein erreicht hat. Trotzdem bleibt die finanzielle Lage angespannt und verlangt stufengerechtes Handeln. Der Spitalrat muss nun die Führungssituation rasch stabilisieren, das Ergebnisverbesserungsprogramm vorlegen und umsetzen und auch die Digitalisierung vorantreiben. Wichtig ist – ich habe es schon gesagt – eine stufengerechte und transparente Kommunikation. Es ist mir wichtig, die Leistung, welche die IPW im Berichtsjahr unter sehr anspruchsvollen Voraussetzungen erbracht hat, zu würdigen, und darum danke ich allen Mitarbeitenden der IPW, dem Spitalrat und der Spitaldirektion für den grossen Einsatz. Und ein letztes Mal geht auch mein Dank an die ABG für die gute Zusammenarbeit. Ich bitte Sie auch bei der IPW, den Berichten zuzustimmen. Vielen Dank.

Roger Cadonau (EDU, Wetzikon): Vor ziemlich genau einem Jahr konnten wir uns gemeinsam mit der IPW über einen Gewinn von 3,4 Millionen Franken im Jahr 2023 freuen, und das trotz eines herausfordernden Umfeldes und einer unbefriedigenden Tarifsituation. Die EBITDA-Marge (*Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände*) lag damals mit 6,5 Prozent nahe bei den angestrebten 8 Prozent beziehungsweise den erforderlichen 10 Prozent. Ein Jahr später jedoch schliesst das Betriebsergebnis mit einem Verlust von rund 2,7 Millionen Franken ab, eine Verschlechterung um mehr als 6 Millionen Franken. Diese Entwicklung lässt sich nicht allein durch die weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen erklären, nein, sondern sie ist insbesondere auf Führungsprobleme in der Jugend- und Adoleszenzpsychiatrie zurückzuführen. Es erstaunt auch, dass bereits im Frühjahr 2024 gemäss Aussagen ein Ergebnisverbesserungsprogramm eingeleitet wurde. Hier stellt sich die berechtigte Frage: Was hat dieses Programm tatsächlich bewirkt? Oder wäre das finanzielle Defizit ohne dessen Umsetzung gar noch höher ausgefallen? Einziger Lichtblick bleibt die Eigenkapitalquote, die mit 43,3 Prozent weiterhin den Eigentümervorgaben entspricht, wenn auch knapp am unteren Rand der geforderten Mindestquote von 40 Prozent. Hoffnung macht zudem das erste Quartal 2025, das steigende Auslastungszahlen verzeichnet, was sich voraussichtlich auch betriebswirtschaftlich positiv auswirken dürfte.

Auch die Fertigstellung und Eröffnung des Hauses Orange Mitte März dieses Jahres eröffnet neue Möglichkeiten für betriebliche Optimierungen. Diese sind neben der Auslastungssteigerung dringend erforderlich, um wieder auf die Erfolgsstrasse zurückzukehren, denn die Kosten steigen kontinuierlich, während die Erträge stagnieren. Dass Anfang 2025 sowohl der CEO als auch sein Stellvertreter sowie der Leiter des HR, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, die IPW verlassen haben, ist in der aktuellen Lage suboptimal. Der per 1. August 2025 eingesetzte CEO ad interim sowie der Spitalrat stehen nun in der Verantwortung, das

finanziell angeschlagene Schiff wieder auf Kurs zu bringen. Mit der neuen Leitung der Jugend- und Adoleszenzpsychiatrie ab dem 1. März 2025 darf erwartet werden, dass die unbefriedigende Auslastung rasch verbessert wird.

Neben den finanziellen Herausforderungen ist die IPW auch im Bereich IT stark gefordert. Das aktuelle KIS wird nicht weiterentwickelt. Eine Neuanschaffung ist in Planung mit all den bekannten Herausforderungen, wie sie auch andere Spitäler bereits erlebt haben.

Der Personalbestand ist erneut um 5,8 Prozent gestiegen, ebenso sind die Kosten für temporäre Mitarbeitende massiv angestiegen. Diese Entwicklung muss kritisch beobachtet werden, denn die Mehrkosten sollten zwingend mit entsprechenden Mehrerträgen einhergehen. Auch hier ist die Führung der IPW gefordert. Positiv zu vermerken ist, dass die Fluktuationsrate gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozent gesenkt werden konnte und damit wieder auf dem Niveau der Jahre 2020 bis 2022 liegt. Dennoch bleibt eine Quote von 13,8 Prozent, also rund jede siebte Stelle, ein Wert, der hohen zusätzlichen Aufwand generiert. Es bleibt zu hoffen, dass die eingeführten flexiblen Arbeitsmodelle diese Rate weiter senken können. Als Fraktion möchten wir der IPW und insbesondere ihren Mitarbeitern unseren Dank für ihren Einsatz in einem herausfordernden Tätigkeitsbereich aussprechen. Die SVP/EDU-Fraktion wird den Geschäftsbericht 2024 sowie den Bericht zur Umsetzung der Eigentümerstrategie im Berichtsjahr 2024 genehmigen. Besten Dank.

Renata Grünenfelder (SP, Zürich): Die IPW hat 2024 total 4209 Personen stationär in der Tagesklinik und zu Hause mit dem aufsuchenden Dienst behandelt. Sie ist für die psychiatrische Versorgung der Bevölkerung von Winterthur, Zürich-Unterland und Zürich-Oberland systemrelevant. An dieser Stelle möchten wir von der SP allen Mitarbeitenden unseren grossen Dank aussprechen für ihren täglich grossen Einsatz zum Wohl psychisch erkrankter Menschen. Besten Dank.

Der Erneuerungsbau Haus Orange am Hauptsitz Winterthur ist fertiggestellt und bezogen worden, das ist sehr erfreulich. Die stationäre Versorgung wird nun neu in modernen Räumlichkeiten angeboten. Dies erleichtert Prozesse, fördert Zusammenarbeit, und Synergien können genutzt werden. Die Helligkeit und die warme Atmosphäre der Zimmer und Räume entsprechen einer zeitgemässen psychiatrischen Versorgung. Davon profitieren Patientinnen und Patienten sowie Mitarbeitende. Dank dem nachhaltigen Energiekonzept kann fast ganz auf fossile Energieträger verzichtet werden.

In finanzieller Hinsicht musste 2024, wie wir schon gehört haben, nach drei Jahren mit positiven Resultaten ein Verlust ausgewiesen werden. Hauptgründe sind hohe Abschreibungen und eine schwache Auslastung der Jugendtageskliniken. Durch eine Ausweitung des Angebotes auf Jugendliche unter 14 Jahren konnte die Auslastung unterdessen verbessert werden.

Massnahmen im Personalbereich wie flexiblere Arbeitszeitmodelle, höhere Löhne für Studierende Pflege, Arbeitszeitreduktion bei Assistenzärztinnen und Assistenzärzten, werden frühestens 2025 ihre positive Wirkung mit hoffentlich

tieferer Fluktuation zeigen. Die bereits ergriffenen Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen allein genügen nicht für eine nachhaltige Personalpolitik. Der Kanton hat seinen Spitälern die Möglichkeit gegeben, von den kantonalen Anstellungsbedingungen bei Lohnmassnahmen und Teuerungsausgleich abzuweichen, um sich mit attraktiveren Arbeitsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu positionieren. Die IPW hat aber stattdessen den Mitarbeitenden den vollen Teuerungsausgleich in den letzten Jahren verweigert und damit die Kaufkraft ihrer Angestellten geschwächt. Dies widerspricht dem Willen des Gesetzgebers. Fachkräftemangel ist ein finanzielles Risiko. 2024 machten die Kosten für temporär angestelltes Personal fast 3 Millionen Franken aus, und die Mindererlöse infolge Fachkräftemangels beliefen sich auf fast 2 Millionen Franken. Deshalb erwartet die SP von der IPW, dass künftig der volle Teuerungsausgleich für das Gesundheitspersonal gewährt wird, gleich wie der Kanton ihn für alle kantonalen Angestellten bezahlt.

Die ABG hat sich bei der IPW über sexuelle Übergriffe und Gewaltereignisse im Betrieb informieren lassen. Dass 2024 kein einziger Fall von sexuellen Übergriffen gemeldet wurde, erstaunt angesichts von fast 1000 Mitarbeitenden. Das könnte auf eine Dunkelziffer hinweisen. Die SP erwartet, dass das Vertrauen des Personals in die Meldestellen überprüft wird, gerade weil bei Abhängigkeitsverhältnisse Hemmschwellen bestehen, Vorfälle zu melden. Bei Gewalt gegen das Spitalpersonal ist eine Zunahme zu verzeichnen, insbesondere in den Akutstationen für Menschen mit Demenz. Wir von der SP begrüssen die ergriffenen Massnahmen von der verstärkten Präsenz des Sicherheitsdienstes bis hin zu präventiven Angeboten.

Abschliessend die gleichen Bemerkungen wie bei dem Votum zur PUK: Die IPW steht finanziell wie alle vier kantonalen Spitälern unter Druck. Sie steht im Spannungsfeld von nicht kostendeckenden Tarifen und hohen Betriebs- und Infrastrukturkosten. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht wird der Spielraum der Spitäler künftig noch enger werden. Damit eine qualitativ hochstehende Versorgung auch in Zukunft sichergestellt werden kann, sind Massnahmen von Kanton und Bund dringend nötig. Die durch den sogenannten freien Markt gesteuerte Versorgung ist gescheitert. Es braucht jetzt dringend eine echte kantonale, aber auch nationale Versorgungsplanung, welche die Bedürfnisse der bezahlenden Bevölkerung im Fokus hat und nicht Partikulärinteressen. Die Verantwortung dafür liegt bei der Politik, also bei uns.

Die SP empfiehlt die Genehmigung des Jahresberichts. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Andreas Juchli (FDP, Russikon): Wir haben es gehört, die IPW hatte ein schwieriges Geschäftsjahr hinter sich. Aber auch hier gilt meines Erachtens: Im Zentrum steht die fachlich sehr gute Betreuung der Patienten, und hier kann man der IPW keinen Vorwurf machen beziehungsweise darf man, wie zuvor bei der PUK (*Psychiatrische Universitätsklinik*), dem USZ und dem KSW (*Kantonsspital Winterthur*), den Mitarbeitern und der Führung der IPW recht herzlich danken. Und

dass man den Käpt'n auswechselt, das kam auch schon anderswo vor, innerhalb und ausserhalb des Gesundheitswesens.

Mich hat primär etwas anderes gestört, und das war die mangelnde Offenheit der Präsidentin des Spitalrates (*Susanne Hofer*) gegenüber der ABG in Bezug auf die Gründe, welche zur Veränderung in der Führungstage geführt hatten. Die ABG hat die Oberaufsicht inne. Was genau das bedeutet, dazu gehen selbst innerhalb der ABG die Interpretationen teils auseinander. Sollen wir es uns in der ABG auf solch hoher Flughöhe bequem machen, dass wir sicher nie etwaige Turbulenzen mitbekommen, beispielsweise Turbulenzen im operativen Alltag, wie im USZ in der Causa Eberli (*gemeint ist Daniel Eberli, Leiter der Klinik für Urologie*) oder wenn der Datenschutz in der Ausschreibung für das neue Klinikinformationssystem mit nur gerade einem einzigen Prozentpunkt bewertet wird? Oder sind wir nicht auch das Instrument von Ihnen, meinen geschätzten Kolleginnen und Kollegen, um stellvertretend für den Kantonsrat dafür zu sorgen und zu prüfen, dass die Interessen der Bevölkerung, welche wir alle hier gemeinsam im Saal vertreten, gewahrt werden? Es ist klar, dass nicht alle Details in der Öffentlichkeit, das heisst hier anlässlich des Jahresberichts, ausgebreitet werden können, insbesondere wenn Persönlichkeitsrechte zu respektieren sind. Aber wenn die ABG auch auf eine klar verständliche Nachfrage von der Spitalratspräsidentin nur ausweichende und unverständliche Antworten erhält, können wir den Auftrag nicht wahrnehmen beziehungsweise Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht sagen, dass nach unserem Dafürhalten das Vorgefallene nachvollziehbar und das Nötige gemacht worden sei. Ich hoffe, hier nächstes Jahr Besseres berichten zu können.

Wir danken herzlich den Mitarbeitern und der Leitung der IPW für ihre wichtige und wertvolle Arbeit und empfehlen die Genehmigung des Jahresberichts und des Berichts zur Eigentümerstrategie.

Claudia Frei (GLP, Uster): Die IPW scheint sich in einer schwierigen Phase zu befinden, im Berichtsjahr musste sich die IPW mit diversen Herausforderungen auseinandersetzen: Zum einen führten die Bauprobleme beim neuen Haus Orange mit Sicherheit zu einem riesigen Aufwand. Hier konnten nun endlich Lösungen zur Finanzierung der Baumängel gefunden werden, aber der Weg dahin war lang und sicher extrem arbeitsintensiv für alle verantwortlichen Beteiligten. Zum anderen gab und gibt es den Bereich der Psychiatrie für Jugendliche und junge Erwachsene, der aus finanzieller Sicht Probleme bereitet. Hier wurde ein Ergebnisverbesserungsprogramm durchgeführt, was jedoch nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat. Dennoch möchten wir betonen, dass der Kantonsrat gerade im Bereich der Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor nicht allzu langer Zeit eine Verkürzung der Wartezeiten für eine Behandlung gefordert hat, ein Thema, das wir nicht vergessen dürfen. Dennoch muss man der schlechten Auslastung auf den Grund gehen und mehr Stabilität in die personelle Situation bekommen.

Wir begrüssen es, dass die IPW im Berichtsjahr viel in den Personalbereich investiert hat, was positive Auswirkungen auf die Fluktuation hatte. Und sehr zu begrüssen ist auch, dass aufgrund der flexiblen Anstellungsmodelle die temporären Mitarbeitenden reduziert werden konnten.

Finanziell betrug der Verlust für das Geschäftsjahr 2,7 Millionen Franken. Auf die neue Führung unter einem neuen CEO kommen einige Aufgaben zu, im aktuellen Jahr sowie auch in den nächsten Jahren.

Die ABG hat sich auch bei der IPW mit den schon mehrfach erwähnten Themen Cybersicherheit, Gewalt gegenüber den Mitarbeitenden und sexuelle Gewalt auseinandergesetzt. Bei den Institutionen, die mit psychischen Erkrankten arbeiten, muss gerade auch aufgrund des Krankheitsbilds sicher vermehrt mit aggressivem Verhalten gerechnet werden. Dies macht die Situation für die Mitarbeitenden jedoch nicht besser. Interessant fand ich in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass gerade auf der Akutstation im Rahmen einer Demenz eine deutlich zunehmende Gewaltbereitschaft zu erkennen ist.

Alles in allem hoffen wir für die IPW, dass sie sich bald wieder in ruhigeren Gewässern befindet und die bestehenden Probleme gelöst werden können. Die GLP-Fraktion stimmt diesem Antrag zu.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Ich könnte hier einiges, was von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt wurde, wiederholen, ich könnte auch einiges, was ich schon zu PUK gesagt habe, wiederholen, werde aber beides nicht tun. Ich möchte nur auch hier allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für die grosse Arbeit danken, die sie im Berichtsjahr geleistet haben und die sie immer noch leisten. Die Grünen werden den Geschäftsbericht genehmigen.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Nachdem Kantonsrätin Renata Grünenfelder schon mehrmals am Schluss ihres Votums etwas angesprochen hat, möchte ich hierzu etwas sagen. Sie hat nämlich gesagt, wir bräuchten endlich eine Spitalplanung im Kanton Zürich. Ich kann Ihnen das auch einmal näher erläutern, aber wir haben eine Spitalplanung, nämlich seit 2023, eine umfassende Spitalplanung, für die wir im Übrigen von anderen Kantonen beneidet werden. Lustigerweise werde ich ja immer angesprochen, und dann heisst es: «Wie macht ihr das in Zürich nur so toll? Wie habt ihr das gemacht? Wir übernehmen das auch.» Und wenn ich hier im Kantonsrat bin, habe ich manchmal das Gefühl, wir sollten andere Kantone zum Vorbild nehmen. Wir haben eine umfassende Spitalplanung gemacht für mindestens zehn Jahre, und das funktioniert gut. Ich habe Ihnen heute Morgen gut zugehört, kein einziges Mal wurde die Versorgung kritisiert. Sie alle, auch die Bevölkerung des Kantons Zürich, sind zufrieden mit der Leistung, die sie erhalten. In Einzelfällen kann das natürlich anders sein, und dann ist es eben wichtig, dass man in den Spitälern und auch sonst entsprechende Anlaufstellen hat. Aber es ist mir einfach wichtig zu betonen: Der Kanton ist heute für die stationäre Versorgung zuständig, für die Planung, und das haben wir gut gemacht, da können Sie auch stolz sein darauf. Bald kommen wir mit der Pflegeheimbettenplanung. Im ambulanten Bereich sieht es anders aus, hier plant der Kanton nicht. Weder ist das jetzt vom Bund vorgesehen, noch haben wir eine gesetzliche Grundlage dafür. Nichtsdestotrotz haben wir identifiziert, dass wir zum Beispiel im Hausärztebereich, in der Grundversorgung auf Probleme hinlaufen. Auch hier habe ich es

schon gesagt: Das Bevölkerungswachstum, die Demografie, aber auch die gestiegenen Anforderungen, Bedürfnisse der Bevölkerung, jederzeit und überall Gesundheitsleistungen konsumieren zu können, das erforderte eine andere Sicht auf die Dinge. Mit EFAS (*Einheitliche Finanzierung von ambulant und stationär*) wird das ändern, darüber werden Sie hier dann auch noch diskutieren können. Mit EFAS – darüber haben wir abgestimmt und da bin ich froh, hat die Bevölkerung Ja gesagt hat – wird in den nächsten zwei, drei, vier Jahren viel gehen, eine Transformation ist im Gang. Aber wir müssen gut unterscheiden: Wofür ist heute der Kanton zuständig, wofür der Bund und auch die Leistungserbringer? Ich möchte zum Beispiel auch nicht an der freien Spitalwahl rütteln, diese ist sehr, sehr wichtig.

Dann wurde im Bereich der Psychiatrien angesprochen, was der Kanton noch machen könnte. Wir haben ja die gesetzliche Grundlage, gestützt auf das SPFG (*Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz*), womit wir spitalnahe Angebote subventionieren können, ambulante nicht, aber spitalambulante ja. Und da subventionieren wir natürlich gerade in der Psychiatrie sinnvolle Angebote wie zum Beispiel Home Treatment, die IPW oder die PUK könnten diese Angebote sonst nicht lancieren. Auch hier sind wir Vorbild für viele Kantone. Oder Hospital at Home oder auch andere Projekte.

Es wurden auch schon die Krankenkassenprämien angesprochen: Ja, die steigen, die Gründe sind vielfältig. Und ich möchte eigentlich nicht, dass bei den Leistungen gespart wird, aber immer zu sagen, man müsse jetzt dann schauen, was man machen kann, ohne sich zu etwas Inhaltlichem zu bekennen, das finde ich etwas schwierig. Wichtig zu betonen ist, dass wir bei den mittleren Prämien immer noch unter dem Schweizer Schnitt liegen und dass wir immer noch der günstigste Kanton sind im Vergleich mit den städtisch geprägten Kantonen mit den Universitäts-spitalern. Also, die Versorgung ist gut, die finanzielle Belastung ist da, das federn wir ab mit Prämienverbilligungsgeldern. Sie haben es mitgekriegt, über 1,36 Milliarden Franken stellen wir im nächsten Jahr wieder zur Verfügung. Vielen Dank.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziff. I–IV

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 172 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 6025a zuzustimmen und damit den Geschäftsbericht der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland und den Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2024 genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

